



SATZUNGEN

DER

ÖSTERREICHISCHEN FUSSBALL-BUNDESLIGA

Stand: 14. Dezember 2017



Inhaltsverzeichnis

§ 1 Name, Sitz und Tätigkeitsbereich	3
§ 2 Zweck und Aufgabe	3
§ 3 Mittel der BL	4
§ 4 Regelwerk	5
§ 5 Arten der Mitgliedschaft in der BL und deren Angehörige	5
§ 6 Erwerb der Mitgliedschaft in der BL	6
§ 7 Beendigung der Mitgliedschaft in der BL	6
§ 8 Rechte und Pflichten der BL-Mitglieder	7
§ 9 Organe der BL	9
§ 10 Ordentliche Hauptversammlung	9
§ 11 Außerordentliche Hauptversammlung	9
§ 12 Ablauf der Hauptversammlung	10
§ 13 Aufgaben der Hauptversammlung	11
§ 14 Präsident und Vizepräsidenten	12
§ 15 Aufsichtsrat	12
§ 16 Aufgaben des Aufsichtsrats	13
§ 17 Wahl des Aufsichtsrats	13
§ 18 Vorstand	14
§ 19 Aufgaben des Vorstands	14
§ 20 Klubkonferenzen	15
§ 21 Referenten und Kommissionen	17
§ 22 Gremien	17
§ 23 Rechtsmittelverfahren (Protestkomitee)	19
§ 24 Sondervorschriften für einzelne Gremien	20
§ 25 Das Ständige Neutrale Schiedsgericht	21
§ 26 Wiederaufnahme des Verfahrens	21
§ 27 Geschäftsstelle	22
§ 28 Allgemeine Bestimmungen	22
§ 29 Abschlussprüfer	22
§ 30 Auflösung	23

§ 1 Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

- (1) Der Verband führt den Namen „Österreichische Fußball-Bundesliga“ (BL).
- (2) Die BL ist der Zusammenschluss aller Fußballklubs der beiden höchsten Spielklassen des österreichischen Fußballs. In Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedern vertritt sie den Spitzen- und Berufsfußball in Österreich. Die BL ist ein Verband iSd Vereinsgesetzes 2002 (VerG) und ist auf Gemeinnützigkeit ausgerichtet.
- (3) Der Verband ist in das zentrale Vereinsregister unter der ZVR-Zahl 328594132 eingetragen.
- (4) Die BL hat ihren Sitz in Wien und erstreckt ihre Tätigkeit auf das gesamte Bundesgebiet.
- (5) Die Errichtung von Zweigvereinen (Zweigverbänden) ist nicht beabsichtigt.
- (6) Die Tätigkeit des Verbands ist nicht auf Gewinn gerichtet.

§ 2 Zweck und Aufgabe

- (1) Zweck der BL ist insbesondere
 - a) die Förderung und Organisation des österreichischen Spitzen- und Berufsfußballs,
 - b) die Förderung und Organisation des Übergangs zwischen Amateur- und Berufsfußball,
 - c) die Förderung insbesondere der sportlichen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder,
 - d) die Bekämpfung von Dopingmissbrauch und Spielmanipulation.
- (2) Der Verband verfolgt nach seinen Statuten als auch nach der tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und ist daher ein gemeinnütziger Verband iSd geltenden abgabenrechtlichen Bestimmungen gem. §§ 34 ff BAO.
- (3) Um diese Ziele zu erreichen, sind unter anderem folgende Verbandsordnungen erlassen worden:
 - a) Richtlinien für die Bereiche Spielbetrieb, Sicherheit, Medien, Marketing, Finanzen,
 - b) Verfahrensordnung des Ethikkomitees,
 - c) Verfahrensordnung des Ständigen Neutralen Schiedsgerichts,
 - d) Lizenzierungsbestimmungen für die höchste Spielklasse (BL-Lizenzierungshandbuch),
 - e) Zulassungsbestimmungen für die zweithöchste Spielklasse,
 - f) Stadionbestimmungen für die höchste und zweithöchste Spielklasse.

§ 3 Mittel der BL

- (1) Der Verbandszweck wird durch die in Abs 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht.
- (2) Die ideellen Mittel sind:
 - a) Selbständige Organisation von Fußball-Bewerben, insbesondere der beiden höchsten österreichischen Spielklassen,
 - b) Organisation und Durchführung von Verbands- und Auswahlspielen im Einvernehmen mit dem Präsidium des ÖFB,
 - c) die Befassung mit allen den Spitzen- und Berufsfußball betreffenden Fragen,
 - d) die Durchführung von Fußball-Bewerben, insbesondere der beiden höchsten österreichischen Spielklassen,
 - e) die Ausbildung von Nachwuchsfußballern durch ihre ordentlichen Mitglieder,
 - f) die Erstellung von den Fußball betreffende Studien,
 - g) die Beteiligung an Kapitalgesellschaften,
 - h) die Regelung der Arbeitsbedingungen für die bei den ordentlichen Mitgliedern beschäftigten Arbeitnehmer, insbesondere auch durch den Abschluss von Kollektivverträgen,
 - i) Mitgliedschaft bei Vereinen bzw. Verbänden,
 - j) Angebote an gesundheitsfördernden Maßnahmen,
 - k) Vorträge, Lehrgänge, Arbeitsgruppen, Kurse, Tagungen, Pressekonferenzen, Veranstaltungen für Mitglieder, Partner und Sponsoren,
 - l) Herausgabe von Druckschriften/Informationsblätter fachlicher und allgemeiner Art,
 - m) Einrichtung von Beratungsstellen,
 - n) Gewährung von Forderungsbeiträgen an die Mitglieder nach freiem, unanfechtbarem Ermessen.
- (3) Die erforderlichen materiellen Mittel werden aufgebracht:
 - a) durch Nenn gelder und Abgaben der ordentlichen Mitglieder,
 - b) durch die von der Bundeshauptversammlung des ÖFB festgelegte anteilmäßige Ausschüttung der Bundessportförderungsmittel,
 - c) durch anteilmäßige Reinerträge von Länderspielen des ÖFB,
 - d) durch Veranstaltung von Fußballspielen,
 - e) durch Spenden, Zuwendungen und andere Erträge, wie beispielsweise Förder gelder internationaler Verbände,
 - f) durch Erträgen aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, insbesondere der BLM Marketing & Event Gesellschaft der Österreichischen Fußball-Bundesliga GmbH,
 - g) durch organisatorische Durchführung von Fußball-Wettspielen und Vermarktung der damit verbundenen Rechte,
 - h) Sponsorengelder und Werbeeinnahmen,
 - i) Einnahmen aus Vermögensverwaltung,
 - j) Vermächnisse und Geschenke,
 - k) Personalkostenverrechnung.
- (4) Die Mittel des Verbandes dürfen nur für die in den Statuten angeführten Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Verbandes dürfen keine Gewinnanteile und

in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes erhalten.

- (5) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Verbandes fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Regelwerk

- (1) Die BL ist ordentliches Mitglied des Österreichischen Fußball-Bundes (ÖFB) mit Sitz in Wien. Das Regelwerk des ÖFB ist daher in seiner jeweiligen Fassung für die BL und ihre Mitglieder unmittelbar verbindlich.
- (2) Die Mitgliedschaft bei der BL verpflichtet auch zur Anerkennung des Regelwerks der UEFA und der FIFA. Die ordentlichen Mitglieder haben diese Verpflichtung entsprechend schriftlich zu überbinden (insbesondere Spielervertrag, Trainervertrag, Mitgliedsvertrag).
- (3) Die Lizenzierungs- bzw. Zulassungsbestimmungen, die Stadionbestimmungen, die Verfahrensordnung des Ständigen Neutralen Schiedsgerichts und die Verfahrensordnung des Ethikkomitees stehen im Satzungsrang. Bestehen Regelungen mit demselben Regelungszweck sowohl in der Satzung als auch in den Verfahrensordnungen des Ständigen Neutralen Schiedsgerichts und des Ethikkomitees, dann gehen jene der Satzung vor.

§ 5 Arten der Mitgliedschaft in der BL und deren Angehörige

- (1) Die BL hat ordentliche Mitglieder, außerordentliche Mitglieder, Ehrenmitglieder und Angehörige.
- (2) Ordentliche Mitglieder sind alle in den Bewerben der BL tätigen Fußballklubs. Ordentliche Mitglieder müssen gemeinnützige Vereine iSd VerG sein. Die Zugehörigkeit ergibt sich aus den vom ÖFB und der BL gemeinsam festgelegten Bestimmungen über den Auf- und Abstieg der ordentlichen Mitglieder.
- (3) Außerordentliche Mitglieder sind die Mitglieder der Organe der BL für die Dauer ihrer Funktion.
- (4) Zu Ehrenmitgliedern können von der BL Personen ernannt werden, die sich um den Fußballsport besondere Verdienste erworben haben.
- (5) Angehörige sind die Organwalter der ordentlichen Mitglieder und jene Personen, die von diesen mit Aufgaben im Zusammenhang mit dem Spielbetrieb betraut werden.

§ 6 Erwerb der Mitgliedschaft in der BL

- (1) Jeder Erwerb einer ordentlichen Mitgliedschaft bei der BL setzt einen rechtzeitigen schriftlichen Aufnahmeantrag (Lizenzantrag) voraus.
- (2) Die ordentliche Mitgliedschaft in der BL beginnt mit Wirkung zum 1.7. des jeweiligen Jahres
 - a) mit verbandsintern rechtskräftiger Erteilung der Lizenz oder
 - b) mit Erreichen der sportlichen Qualifikation bei Vorliegen der rechtskräftigen Lizenz oder
 - c) liegen die beiden Ereignisse nach dem 1.7. des jeweiligen Jahres, dann erst mit Eintritt derselben.Über die Aufnahme der ordentlichen Mitglieder gemäß § 5 Abs 2 entscheiden die Organe, die mit der Lizenzierung beauftragt sind.
- (3) Die Mitgliedschaft der ordentlichen Mitglieder zum zuständigen Landesverband bleibt durch die Mitgliedschaft zur BL unberührt.
- (4) Die Aufnahme von außerordentlichen Mitgliedern erfolgt durch ihre Bestellung.
- (5) Die Aufnahme und Ernennung von Ehrenmitgliedern erfolgt über Antrag des Vorstands oder des Aufsichtsrats durch die Hauptversammlung.
- (6) Die Organwalter des Lizenzwerbers gelten mit verbandsintern rechtskräftiger Lizenzerteilung als Angehörige der BL.

§ 7 Beendigung der Mitgliedschaft in der BL

- (1) Eine Mitgliedschaft endet durch Verlust der Rechtspersönlichkeit (bei natürlichen Personen durch den Tod), durch freiwilligen Austritt, durch Lizenzverlust, durch Ausschluss oder Abberufung bzw. Ablauf der Funktionsperiode ohne Wiederbestellung.

Gültig bis 30.06.2017

- (2) Die ordentliche Mitgliedschaft in der BL endet
 - a) mit verbandsintern rechtskräftigem Verlust der Lizenz oder/auch
 - b) mit Abschluss des abgelaufenen Bewerbes am zehnten oder neunten Tabellenplatz der zweithöchsten Spielklasse mit Ende des letzten Spieltages.

Gültig bis 30.06.2018

- (2) Die ordentliche Mitgliedschaft in der BL endet
 - a) mit verbandsintern rechtskräftigem Verlust der Lizenz,
 - b) mit 30.06.2018, sofern keine Lizenz für die höchste Spielklasse für die Saison 2018/19 aber eine Zulassung für die zweithöchste Spielklasse für die Saison 2018/19 erteilt wurde,
 - c) mit 30.06.2018, sofern die sportliche Qualifikation für die höchste Spielklasse für die Saison 2018/19 nicht erreicht wird,
 - d) mit Abschluss des abgelaufenen Bewerbes am zehnten Tabellenplatz der zweithöchsten Spielklasse mit Ende des letzten Spieltages. Im Falle des

Gewinns einer etwaigen Relegation zwischen dem Tabellenzehnten der zweithöchsten Spielklasse und einem Landesverbandsklub lebt die Mitgliedschaft des Tabellenzehnten der zweithöchsten Spielklasse ab dem dem letzten Spieltag des Bewerbes folgenden Tag wieder auf. Die ordentliche Mitgliedschaft endet dann endgültig am 30.06.2018,

e) mit rechtskräftigem Wegfall der abgabenrechtlichen Begünstigung iSd §§ 34 ff BAO (gegebenenfalls spätestens mit Ende der laufenden Saison).

(3) Der freiwillige Austritt ist zulässig.

Ein ordentliches Mitglied tritt aus, wenn es nicht bis zum 15. März eines jeden Spieljahres einen Lizenzantrag gemäß den Lizenzierungsbestimmungen eingebracht hat oder binnen acht Tagen nach verbandsintern rechtskräftiger Lizenzerteilung diese schriftlich zurücklegt. Dieser Austritt wirkt mit Abschluss des Bewerbes der jeweiligen Spielsaison.

(4) Ein ordentliches Mitglied kann vom Aufsichtsrat wegen verbandsschädigendem Verhalten ausgeschlossen werden.

Das ausgeschlossene ordentliche Mitglied ist berechtigt, gegen den Beschluss des Aufsichtsrats Protest an die Hauptversammlung zu erheben, dem aufschiebende Wirkung zukommt.

(5) Bei ordentlichen Mitgliedern kann die Mitgliedschaft durch Lizenzentzug beendet werden.

(6) Bei außerordentlichen Mitgliedern endet die Mitgliedschaft mit Ablauf der Funktionsperiode ohne Wiederbestellung, mit Abberufung oder durch Austritt.

(7) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann wegen verbandsschädigendem oder unehrenhaftem Verhalten nach Antrag des Vorstands von der Hauptversammlung beschlossen werden.

§ 8 Rechte und Pflichten der BL-Mitglieder

(1) Die Mitglieder sind zur Treuepflicht gegenüber der BL verpflichtet, was namentlich bedeutet, dass sie jegliches Verhalten vermeiden müssen, welches den Interessen der BL schadet.

(2) Die Mitglieder der BL sind berechtigt, die Einrichtungen des Verbandes in Anspruch zu nehmen und an seinen Veranstaltungen gemäß den Beschlüssen des Vorstands teilzunehmen.

(3) Die Teilnahme an Bewerben der BL und an Wettbewerben der UEFA bedarf der vorherigen Erteilung der Lizenz. Lizenzgeber ist die BL. Das Lizenzierungsverfahren und die Kriterien, die von Lizenzwerbern zu erfüllen sind, sind in den Lizenzierungsbestimmungen beschrieben.

(4) Alle Mitglieder der BL haben den Satzungen und Beschlüssen der Verbandsorgane sowie den daraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen, die Interessen der BL zu wahren und alles zu

unterlassen, wodurch das Ansehen des Verbandes Schaden erleiden könnte. Die Mitgliedschaft verpflichtet auch zur Anerkennung der Beschlüsse des ÖFB, der UEFA und FIFA. Die ordentlichen Mitglieder haben diese Verpflichtung entsprechend schriftlich zu überbinden (insbesondere Spielervertrag, Trainervertrag, Mitgliedsvertrag). Die Beschlüsse werden mit der Zustellung des betreffenden Sitzungsprotokolls oder der schriftlichen Beschlussausfertigung wirksam, sofern nicht ausdrücklich anderes bestimmt wurde.

- (5) Die Teilnahme der vorgeschriebenen Nachwuchsmannschaften der ordentlichen Mitglieder der BL an den Pflichtbewerben der Landesverbände des ÖFB und der BL ist verpflichtend.
- (6) Die ordentlichen Mitglieder der BL sind verpflichtet, von allen nationalen und internationalen Pflichtspielen die entsprechenden Abgaben an die BL und die Landesverbände zu zahlen.
- (7) Handlungen, die ein Mitglied der BL im Hinblick auf Vermögen, Ehre oder Beruf schädigen können, sind – soweit diese im Zusammenhang mit der Funktionsausübung oder sportlichen Tätigkeit stehen – zu unterlassen.
- (8) Die Mitglieder sind verpflichtet, ihre Spieler anzuhalten, dass sie für Disziplinarfälle ihr Rechtsdomizil am Sitz ihres Klubs begründen.
- (9) Die Mitglieder sind verpflichtet, den Spielern Beschlüsse oder andere Verfahrensunterlagen, die ihnen durch die zuständigen Organe der BL eröffnet werden, unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.
- (10) Ein Verstoß gegen den Abs 5 ist verbandsintern im Sinne des Regelwerks des ÖFB zu ahnden.
- (11) Zum Schutz der Integrität der Bewerbe der BL, insbesondere der beiden höchsten österreichischen Spielklassen, gilt, dass keine natürliche oder juristische Person Kontrolle über oder Einfluss auf mehr als ein ordentliches Mitglied im selben Bewerb der BL haben darf, wobei in diesem Zusammenhang als Kontrolle bzw. Einfluss insbesondere gilt, wenn die betreffende natürliche oder juristische Person:
 - a) über die Mehrheit der Stimmrechte des ordentlichen Mitglieds verfügt oder
 - b) das Recht hat, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des betreffenden ordentlichen Mitglieds zu bestellen oder abzurufen oder
 - c) gleichzeitig, direkt oder indirekt, in irgendeiner Funktion oder mit irgendeinem Mandat an der Führung, der Verwaltung und/oder den sportlichen Leistungen (mit Ausnahme der geltenden Bestimmungen hinsichtlich Leih- und/oder Kooperationsverträgen) von mehr als einem ordentlichen Mitglied im selben Bewerb der BL beteiligt ist oder
 - d) in der Lage ist, auf irgendeine Art und Weise einen wesentlichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung beim ordentlichen Mitglied auszuüben.Ist verbandsintern rechtskräftig festgestellt, dass ein und dieselbe natürliche oder juristische Person Kontrolle bzw. Einfluss auf mehr als ein ordentliches Mitglied hat, ist nur eines dieser Mitglieder in der Hauptversammlung stimmberechtigt

und nur eines dieser Mitglieder berechtigt, am selben Bewerb der BL teilzunehmen. Im Zweifel gelten Einschränkungen für jene/s ordentliche Mitglied/er, welche/s zum Zeitpunkt der verbandsintern rechtskräftigen Entscheidung sportlich schlechter platziert ist/sind.

§ 9 Organe der BL

Organe der BL sind:

1. Hauptversammlung (§ 10 ff)
2. Präsident und Vizepräsidenten (§ 14)
3. Aufsichtsrat (§ 15 ff)
4. Vorstand (§ 18 f)
5. Klubkonferenzen (§ 20)
6. Gremien (§ 22)
7. Protestkomitee (§ 22 ff)
8. Ethikkomitee (§ 22)
9. Abschlussprüfer (§ 29)

§ 10 Ordentliche Hauptversammlung

- (1) Die ordentliche Hauptversammlung ist die "Mitgliederversammlung" iSd Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Hauptversammlung findet jedes Jahr an einem Ort innerhalb des österreichischen Bundesgebietes statt. Der Termin der ordentlichen Hauptversammlung muss mindestens acht Wochen vorher durch den Vorstand festgesetzt und allen Mitgliedern bekanntgegeben werden.
- (2) Allen Mitgliedern sind mindestens drei Wochen vor dem Termin der ordentlichen Hauptversammlung der Ort bekanntzugeben, die Tagesordnung und die eingebrachten Anträge zuzustellen.
- (3) Anträge an die ordentliche Hauptversammlung müssen spätestens vier Wochen vor dem festgesetzten und bekanntgegebenen Termin schriftlich bei der Geschäftsstelle eingebracht werden.

§ 11 Außerordentliche Hauptversammlung

- (1) Über schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der ordentlichen Mitglieder oder über den mit einfacher Mehrheit gefassten Beschluss des Aufsichtsrats oder über Verlangen des Abschlussprüfers muss vom Vorstand binnen drei Wochen ein Termin für eine außerordentliche Hauptversammlung festgesetzt und allen Mitgliedern bekanntgegeben werden.
- (2) Im jeweiligen Antrag muss der Gegenstand der außerordentlichen Hauptversammlung enthalten sein.
- (3) Ort und Tagesordnung einer außerordentlichen Hauptversammlung sind gleichzeitig mit der Festsetzung bekannt zu geben.

- (4) Anträge gemäß § 13 müssen spätestens eine Woche vor dem Termin der außerordentlichen Hauptversammlung bei der Geschäftsstelle eingebracht werden. Im Übrigen gelten sinngemäß die Bestimmungen der ordentlichen Hauptversammlung.

§ 12 Ablauf der Hauptversammlung

- (1) Der Präsident der BL führt den Vorsitz in der Hauptversammlung. Im Fall seiner Verhinderung führt den Vorsitz der Vizepräsident der höchsten Spielklasse und bei dessen Verhinderung der Vizepräsident der zweithöchsten Spielklasse. Sollten weder der Präsident noch die beiden Vizepräsidenten anwesend sein, so führt den Vorsitz ein Mitglied aus dem Vorstand.
- (2) Stimmberechtigt sind ausschließlich die ordentlichen Mitglieder, welche dieses nur einheitlich und einfach ausüben dürfen. Die ordentlichen Mitglieder werden durch ein vertretungsbefugtes Organ oder eine mit schriftlicher Vollmacht ausgestattete Person vertreten (Stimmberechtigte). Diese Vollmachten müssen zu Beginn der Hauptversammlung vorliegen. Ein Stimmberechtigter darf höchstens für ein ordentliches Mitglied stimmen.
- (3) Auf die höchste Spielklasse entfallen insgesamt fünfzig Stimmen, auf die zweithöchste Spielklasse insgesamt dreißig Stimmen. Davon ausgehend errechnet sich die Anzahl der auf jedes Mitglied entfallenden Stimmen nach der Mitgliederanzahl je Spielklasse.
- (4) Die Hauptversammlung ist bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Stimmberechtigten beschlussfähig. Sollte die Hauptversammlung zur angesetzten Stunde nicht beschlussfähig sein, so ist sie dies jedenfalls eine halbe Stunde später mit derselben Tagesordnung. Eine Änderung der Tagesordnung (Abs 5) ist in diesem Fall unzulässig.
- (5) Beschlüsse dürfen nur zu Tagesordnungspunkten und fristgerecht eingebrachten Anträgen gefasst werden. Über nicht fristgerecht eingebrachte Anträge und erst in der Hauptversammlung gestellte Anträge können Beschlüsse dann gefasst werden, wenn diese zuvor mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit der anwesenden Stimmen als Tagesordnungspunkte zugelassen wurden.
- (6) Bei allen Abstimmungen besteht Stimmpflicht. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann über Antrag des Betreffenden der Vorsitzende das beantragende ordentliche Mitglied von der Stimmpflicht befreien.
- (7) Die Abstimmung ist geheim durchzuführen, wenn dies von einem anwesenden Stimmberechtigten verlangt wird.
- (8) Soweit nicht anders geregelt, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.
- (9) Über den Verlauf und die in der Hauptversammlung gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll zu führen, welches den ordentlichen Mitgliedern und dem Aufsichtsrat innerhalb von zwei Wochen nach der Hauptversammlung zuzustellen ist.

- (10) Jedes ordentliche Mitglied ist berechtigt, neben seinem vertretungsbefugten Organ zwei weitere Personen als Berater zu entsenden.

§ 13 Aufgaben der Hauptversammlung

Die Beschlussfassungen der Hauptversammlung erfolgen

- (1) mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit über:
- a) die Satzungen und deren Änderungen,
 - b) die Lizenzierungsbestimmungen für die höchste Spielklasse
 - c) die Zulassungsbestimmungen für die zweithöchste Spielklasse,
 - d) die Stadionbestimmungen für die höchste und zweithöchste Spielklasse,
 - e) den Abschluss und die Änderung von Kollektivverträgen,
 - f) die finanziellen Regelungen zwischen den beiden Spielklassen (interner Aufteilungsschlüssel),
 - g) die Zusammensetzung der Spielklassen der BL sowie sämtliche Regelungen über den Auf- und Abstieg,
 - h) Beschlussfassung über Rechtsmittel gegen Ausschlüsse von ordentlichen Mitgliedern und Beschlüssen des Aufsichtsrats gem. § 16 lit n),
 - i) die vorzeitige Abberufung des Präsidenten und der Vizepräsidenten,
 - j) die vorzeitige Abberufung der weiteren Mitglieder des Aufsichtsrats,
 - k) Anträge an den Aufsichtsrat auf vorzeitige Abberufung des Vorstands oder einzelner Vorstandsmitglieder.
- (2) mit einfacher Mehrheit über:
- a) die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten,
 - b) die Wahl der weiteren Mitglieder des Aufsichtsrats,
 - c) die Bestellung der Gremienmitglieder,
 - d) die Ernennung und Aberkennung von Ehrenmitgliedern aufgrund von Vorschlägen des Aufsichtsrats und des Vorstands,
 - e) die Bestellung des Abschlussprüfers über Antrag des Aufsichtsrats,
 - f) die Bestellung der ständigen Vorsitzenden und die Verfahrensordnung des Ständigen Neutralen Schiedsgerichts der BL,
 - g) die Bestellung der Mitglieder der Disziplinaroberkommission,
 - h) die Verfahrensordnung des Ethikkomitees,
 - i) die vorzeitige Abberufung des Abschlussprüfers über Antrag des Aufsichtsrats,
 - j) die vorzeitige Abberufung der ständigen Vorsitzenden des Ständigen Neutralen Schiedsgerichts der BL,
 - k) die vorzeitige Abberufung des Vorsitzenden und/oder von Mitgliedern der Gremien,
 - l) die Festlegung von Nenngeldern, Verbandsabgaben und Protestgebühren,
 - m) die Entlastung des Vorstands,
 - n) die Genehmigung des Jahresabschlusses sowie die Entlastung des Aufsichtsrats,
 - o) Beschlussfassung über weitere Anträge der ordentlichen Mitglieder, des Präsidenten, des Aufsichtsrats, des Vorstands und der Gremien,
 - p) Rechtsgeschäfte zwischen Abschlussprüfer und den ordentlichen Mitgliedern.

§ 14 Präsident und Vizepräsidenten

- (1) Der Präsident führt den Vorsitz in der Hauptversammlung, im Aufsichtsrat, in der Klubkonferenz der höchsten Spielklasse und in der BL-Klubkonferenz.
- (2) Der zweite Vizepräsident führt den Vorsitz in der Klubkonferenz in der zweithöchsten Spielklasse.

§ 15 Aufsichtsrat

- (1) Der Aufsichtsrat setzt sich aus dem Präsidenten der BL, den beiden Vizepräsidenten und drei weiteren Vertretern der höchsten und zwei der zweithöchsten Spielklasse zusammen. Sie werden von der Hauptversammlung für vier Jahre (Funktionsperiode) gewählt und üben ihre Funktion ehrenamtlich aus. Wiederwahl ist zulässig. Scheidet aus dem Aufsichtsrat während einer Funktionsperiode ein Mitglied aus, so ist der Aufsichtsrat verpflichtet, das Mandat durch Kooptierung zu ersetzen. Die Klubkonferenz derjenigen Spielklasse, welcher das Vorschlagsrecht für das zu besetzende Mandat zusteht (§ 17 Abs 3 b)), nominiert die vom Aufsichtsrat zu kooptierende Person. Die Kooptierung gilt für die restliche Zeit der Funktionsperiode. Der Aufsichtsrat hat die Möglichkeit, bis zu zwei fachkundige Referenten ohne Stimmrecht beizuziehen.
- (2) Die Mitglieder des Aufsichtsrats müssen volljährige österreichische Staatsbürger sowie geschäfts- und handlungsfähig sein.
- (3) Die Sitzungen des Aufsichtsrats sind nicht öffentlich und finden mindestens zweimal jährlich statt. Die Sitzungen werden vom Präsidenten einberufen. Auf Verlangen von mindestens zwei Mitgliedern des Aufsichtsrats ist innerhalb von drei Wochen eine Sitzung einzuberufen.
- (4) Der Präsident der BL führt den Sitzungsvorsitz. Im Fall seiner Verhinderung führt den Vorsitz der Vizepräsident der höchsten Spielklasse und bei dessen Verhinderung der Vizepräsident der zweithöchsten Spielklasse.
- (5) Der Aufsichtsrat ist bei Anwesenheit von zumindest vier stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig und fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.
- (6) Jedes Mitglied des Aufsichtsrats hat eine Stimme. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Beschlüsse sind im Umlaufweg (schriftlich) zulässig, wobei jedes Mitglied mit der Beschlussfassung im Umlaufweg einverstanden sein muss.
- (7) Über den Verlauf und über die in den Sitzungen des Aufsichtsrats gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll zu führen. Das Protokoll ist den ordentlichen Mitgliedern auf schriftliches Ersuchen zuzustellen und von diesen vertraulich zu behandeln.
- (8) Die Mitglieder des Vorstands sind berechtigt, an den Sitzungen des Aufsichtsrats beratend teilzunehmen. Dies gilt nicht, wenn Fragen zu behandeln sind, welche

Mitglieder des Vorstands betreffen oder der Aufsichtsrat dies ausdrücklich beschließt.

§ 16 Aufgaben des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat obliegt:

- a) die Bestellung, Überwachung, Kompetenzverteilung und Abberufung des Vorstands,
- b) die Beschlussfassung über gemeinsame Aufgaben des Vorstands, in welchen im Vorstand keine Einigkeit erzielt werden konnte über Antrag eines Vorstandsmitgliedes oder von Amts wegen,
- c) die Antragstellung an die Hauptversammlung,
- d) die Genehmigung des Budgets und des Jahresabschlusses,
- e) der Erlass der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und des Vorstands,
- f) der Vorschlag zur Ernennung von Ehrenmitgliedern an die Hauptversammlung,
- g) die Entsendung von Eigentümervetretern in Zusammenhang mit BL-Beteiligungen,
- h) die Entsendung von Vertretern der BL in die Gremien des ÖFB,
- i) der Ausschluss von Mitgliedern, soweit nicht ein anderes Organ dafür zuständig ist,
- j) der Vorschlag für die Bestellung des Abschlussprüfers (§ 13 Abs 2 e)),
- k) die Bestellung des Wahlausschusses (§ 17 Abs 1),
- l) die Zustimmung zu Geschäften des Vorstands (§ 19 Abs 2),
- m) die beratende Vorbereitung zur Beschlussfassung über die, die jeweilige Spielklasse betreffenden strategischen Grundsätze und langfristigen Ziele,
- n) auf Antrag eines Mitglieds die Entscheidung über Ausnahmen von A-Kriterien der Stadionbestimmungen für die höchste Spielklasse bei nachgewiesenem Neubau für maximal eine Saison. Das betroffene Mitglied ist berechtigt, gegen den Beschluss des Aufsichtsrats Protest an die Hauptversammlung zu erheben.

§ 17 Wahl des Aufsichtsrats

- (1) Der Aufsichtsrat hat sechs Wochen vor dem Termin der Hauptversammlung einen Wahlausschuss zu bestellen.
- (2) Der Wahlausschuss besteht aus drei Personen, und zwar aus einem Vertreter des Aufsichtsrats, der den Vorsitz führt, und je einem Vertreter der beiden Spielklassen, die von der jeweiligen Klubkonferenz zu nominieren sind.
- (3) Der Wahlausschuss hat für jede Funktion einen Wahlvorschlag zu erstellen, wobei folgendes zu beachten ist:
 - a) Jedes ordentliche Mitglied der höchsten Spielklasse hat das Recht, eine Person für die Funktion des Präsidenten, des ersten Vizepräsidenten und ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrats vorzuschlagen.
 - b) Jedes ordentliche Mitglied der zweithöchsten Spielklasse hat das Recht, eine Person für die Funktion des zweiten Vizepräsidenten und ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrats vorzuschlagen.
 - c) Die ordentlichen Mitglieder haben allfällige Wahlvorschläge spätestens vier Wochen vor der Hauptversammlung schriftlich bekannt zu geben.

- d) Aus den schriftlichen Vorschlägen der ordentlichen Mitglieder hat der Wahlausschuss für jede Funktion einen Wahlvorschlag für die Hauptversammlung zu erstellen.
 - e) Sollte sich im Wahlausschuss aus den Vorschlägen der ordentlichen Mitglieder für eine Funktion keine Einstimmigkeit ergeben, sind der Hauptversammlung alle Vorschläge zur Abstimmung vorzulegen, auf die zumindest eine Stimme entfallen ist.
- (4) Lehnt die Hauptversammlung die Wahl der vom Wahlausschuss vorgeschlagenen Person ab, so haben die ordentlichen Mitglieder das Recht, unter Berücksichtigung des Abs 3 a) und b), eine andere dem Wahlausschuss bereits schriftlich vorgeschlagene Person zur Wahl für eine bestimmte Funktion vorzuschlagen. Diese Vorschläge sind sofort nach dem Wahlgang über den Vorschlag des Wahlausschusses einzubringen.

Bei Abstimmung über diese Vorschläge gilt jene Person als gewählt, welche die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Sollte kein Wahlvorschlag die absolute Mehrheit der anwesenden Stimmen erhalten, findet eine Stichwahl zwischen jenen beiden Personen statt, die im vorangegangenen Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben.

§ 18 Vorstand

- (1) Der Vorstand ist das geschäftsführende Organ der BL (§ 6 VerG) und besteht aus mindestens zwei Personen.
- (2) Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat für eine Funktionsperiode von vier Jahren bestellt. Wird ein Vorstandsmitglied während laufender Funktionsperiode bestellt, dann gilt diese Bestellung für die restliche Funktionsperiode. Wiederbestellungen sind zulässig.
- (3) Mitglieder des Vorstands müssen volljährig und voll rechtsgeschäftsfähig sein. Sie dürfen keinem anderen Organ angehören und bei keinem ordentlichen Mitglied der BL eine Funktion ausüben und/oder beteiligt sein.
- (4) Der Vorstand vertritt die BL nach außen durch mindestens zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam.

§ 19 Aufgaben des Vorstands

- (1) Dem Vorstand obliegt
 - a) die Vertretung der BL nach außen,
 - b) die Durchführung der Beschlüsse des Aufsichtsrats, der Hauptversammlung und der Klubkonferenzen,
 - c) das Erstellen eines Gesamtjahresplans und des Budgets,
 - d) die inhaltliche und finanzielle Umsetzung des vom Aufsichtsrat genehmigten Jahresplans und Budgets,
 - e) die gemeinsame Festlegung der strategischen Grundsätze sowie der mittel- und langfristigen Ziele der BL mit den Klubkonferenzen,

- f) die Organisation und Durchführung des Spielbetriebs,
- g) die Vorbereitung und Abwicklung der Hauptversammlung,
- h) die Erstellung des Jahresabschlusses und Berichterstattung an den Aufsichtsrat und an die Hauptversammlung,
- i) die administrative Unterstützung der Entscheidungsorgane und der Gremien bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben,
- j) Beschlussfassung über Empfehlungen des Senats 3 gemäß § 22 Abs 8 a),
- k) die Bearbeitung bzw. Durchführung all jener Angelegenheiten, welche laut Satzung nicht einem anderen Organ vorbehalten sind.

(2) Folgende Geschäfte des Vorstands bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats:

- a) der Erwerb und die Veräußerung von Liegenschaften,
- b) die Belastung von Vereinsvermögen, Unternehmen und Unternehmensteilen,
- c) Neugründung, Erwerb, Veräußerung und Auflösung von Unternehmen und Unternehmensteilen,
- d) die Aufnahme und Gewährung von Krediten außerhalb des Haushaltsvoranschlags ab einer in der Geschäftsordnung festzulegenden Betragsgrenze,
- e) die Übernahme von Bürgschaften und Garantien,
- f) das Eingehen von Dauerschuldverhältnissen ab einer in der Geschäftsordnung festzulegenden Betragsgrenze.

(3) Der Vorstand ist der Hauptversammlung und dem Aufsichtsrat für seine Tätigkeit verantwortlich. Die weiteren Detailaufgaben und die Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat bzw. innerhalb des Aufsichtsrats und des Vorstands sind, soweit es in den Satzungen noch nicht geregelt ist, in einer Geschäftsordnung festzuschreiben. Die zwischen den Mitgliedern des Vorstands festzulegende Ressortverteilung ist ebenfalls in einer Geschäftsordnung zu regeln und vom Aufsichtsrat zu genehmigen.

§ 20 Klubkonferenzen

- (1) Klubkonferenzen können für die höchste Spielklasse, die zweithöchste Spielklasse sowie für beide Spielklassen gemeinsam abgehalten werden.
- (2) Der Termin der jeweiligen Klubkonferenz muss mindestens drei Wochen vorher vom Vorstand allen teilnehmenden ordentlichen Mitgliedern bekannt gegeben werden.
- (3) Allen an der jeweiligen Klubkonferenz teilnahmeberechtigten ordentlichen Mitgliedern sind mindestens eine Woche vor dem Termin der Klubkonferenz der Ort, die Tagesordnung und die eingebrachten Anträge bekanntzugeben.
- (4) Die jeweilige Klubkonferenz setzt sich aus zwei vertretungsbefugten Organen der ordentlichen Mitglieder der betreffenden Spielklasse oder mit entsprechender Vollmacht ausgestatteten Personen zusammen. Auf Aufforderung ist die Vollmacht nachzuweisen. Eine Person darf höchstens für ein ordentliches Mitglied stimmen.

- (5) Die Vertreter der ordentlichen Mitglieder müssen zu Punkten der Tagesordnung zur Abgabe verbindlicher Erklärungen, die durch das ordentliche Mitglied nicht einseitig widerrufen werden können, ermächtigt sein.
- (6) Über schriftlichen Antrag von mindestens zwei ordentlichen Mitgliedern einer Spielklasse muss vom Vorstand binnen zwei Wochen die jeweilige Klubkonferenz anberaumt werden. Im Falle einer BL-Klubkonferenz muss zumindest ein ordentliches Mitglied jeder Spielklasse diese schriftlich beantragen.
- (7) Den Vorsitz in der Klubkonferenz der höchsten Spielklasse führt der Präsident. Im Fall seiner Verhinderung führt den Vorsitz der erste Vizepräsident und bei dessen Verhinderung ein Mitglied aus dem Vorstand.
- (8) Den Vorsitz in der Klubkonferenz der zweithöchsten Spielklasse führt der zweite Vizepräsident. Im Falle seiner Verhinderung führt den Vorsitz ein Mitglied aus dem Vorstand.
- (9) Den Vorsitz in der BL-Klubkonferenz führt der Präsident. Im Falle seiner Verhinderung führt den Vorsitz der Vizepräsident der höchsten Spielklasse und bei dessen Verhinderung der Vizepräsident der zweithöchsten Spielklasse. Sollten weder der Präsident noch die beiden Vizepräsidenten anwesend sein, so führt den Vorsitz ein Mitglied aus dem Vorstand.
- (10) Der jeweiligen Klubkonferenz obliegen neben der Beschlussfassung über die die jeweilige Spielklasse betreffenden strategischen Grundsätze und langfristigen Ziele sowie die Ausübung des Nominierungs- bzw. Vorschlagsrechtes gemäß § 17 Abs 2 dieser Satzungen, soweit nicht die Hauptversammlung dafür zuständig ist (dies gilt sinngemäß auch für die BL-Klubkonferenz), insbesondere folgende Angelegenheiten:
- a) Förderung der Zusammenarbeit der ordentlichen Mitglieder der jeweiligen Spielklasse,
 - b) Vorbereitung, Umsetzung und Kontrolle von gemeinsamen Aktivitäten,
 - c) Beratung und Beschlussfassung von PR- und Marketingkonzepten,
 - d) Beratung und Beschlussfassung über die Meisterschaftstermine,
 - e) Beratung über Fragen des Spielbetriebs,
 - f) Antragstellung an den Vorstand in allen Fragen der BL,
 - g) Verträge über mediale Rechte der jeweiligen Spielklasse mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit.
- (11) Die jeweiligen Klubkonferenzen fassen ihre Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit. In Angelegenheiten, die originäre Rechte der einzelnen ordentlichen Mitglieder betreffen, ist Einstimmigkeit erforderlich.
- (12) Beschlüsse dürfen nur zu Tagesordnungspunkten und fristgerecht eingebrachten Anträgen gefasst werden. Über Anträge, welche erst in der jeweiligen Klubkonferenz gestellt werden, können Beschlüsse nur dann gefasst werden, wenn diese zuvor mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit der anwesenden Stimmen als Tagesordnungspunkte zugelassen wurden.

- (13) Über den Verlauf und die in den Sitzungen gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll zu führen, das den ordentlichen Mitgliedern der jeweiligen Spielklasse, dem Aufsichtsrat und dem Vorstand zur Kenntnis zu bringen ist.

§ 21 Referenten und Kommissionen

- (1) Die Klubkonferenzen, der Aufsichtsrat und der Vorstand sind berechtigt, für besondere Aufgaben Referenten und Kommissionen zu bestellen und diese beratend beizuziehen. Die Referenten haben in den jeweiligen Organen kein Antrags- und Stimmrecht.
- (2) Disziplinaroberkommission
- a) Bei jedem ordentlichen Mitglied ist gemäß der Disziplinarordnung des zwischen der BL und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund abgeschlossenen Kollektivvertrages eine Disziplinarkommission einzurichten. Gegen Entscheidungen der Disziplinarkommissionen über Disziplinarmaßnahmen gegen Spieler steht dem Betroffenen das Recht des Protests an die Disziplinaroberkommission zu.
- b) Das Verfahren ist im angeführten Kollektivvertrag geregelt. Die Disziplinaroberkommission entscheidet unanfechtbar und endgültig.

§ 22 Gremien

- (1) Gremien der BL sind die Senate, das Protestkomitee und das Ethikkomitee. Zur Wahrnehmung der nachstehend angeführten Aufgaben werden Personen, welche bei keinem ordentlichen Mitglied der BL eine Funktion ausüben oder in einem Beschäftigungsverhältnis stehen dürfen, als Mitglieder in diese Gremien berufen. In Ausübung ihrer Funktion sind die Mitglieder weisungsfrei und entscheiden unabhängig.
- (2) Die Gremien bestehen aus mindestens drei, höchstens neun Mitgliedern und bestimmen einen Vorsitzenden sowie dessen Stellvertretung. Die Gremien sind bei Anwesenheit von drei Mitgliedern beschlussfähig. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Ein Mitglied kann in mehrere Gremien berufen werden.
- (3) Die Bestellsdauer der Mitglieder der Gremien endet mit Ablauf einer Funktionsperiode des Aufsichtsrats. Wiederwahl ist möglich. Werden Mitglieder der Gremien während laufender Funktionsperiode bestellt, dann gilt diese Bestellung für die restliche Funktionsperiode des Aufsichtsrats.
- (4) Die Verfahren richten sich grundsätzlich nach den Verfahrensregeln des ÖFB, insbesondere ist der Grundsatz des Parteiengehörs zu wahren. Die Gremien haben bei einer mündlichen Verhandlung ein Verhandlungsprotokoll zu führen, das den wesentlichen Inhalt wiedergibt. Dieses ist den beteiligten Parteien spätestens mit der Beschlussausfertigung zuzustellen. Beschlüsse sind kurz, im Fall der Rechtsmittelanmeldung im Volltext, zu begründen, mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen und den Beteiligten zuzustellen.

- (5) Der interne Geschäftsgang der Gremien regelt sich nach einer von diesen zu erstellenden Geschäftsordnung, die den ordentlichen Mitgliedern, dem Vorstand und dem Aufsichtsrat zur Kenntnis zu bringen ist.
- (6) Senat 1 (Straf- und Beglaubigungsausschuss)
- a) Beglaubigung der Meisterschaftsspiele der BL,
 - b) verbandsinterne Untersuchung und Bestrafung aller Vergehen nach den einschlägigen Regelwerken des ÖFB und der BL.
- (7) Senat 2 (Schlichtungs- und Kontrollausschuss)
- a) Verbandsinterne Schlichtung und/oder Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den ordentlichen Mitgliedern,
 - b) verbandsinterne Schlichtung von finanziellen Ansprüchen und/oder Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen den ordentlichen Mitgliedern bzw. von diesen beherrschten Kapitalgesellschaften und den Spielern beziehungsweise sportlichen Betreuern,
 - c) verbandsinterne Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den ordentlichen Mitgliedern bzw. von diesen beherrschten Kapitalgesellschaften und den Spielern beziehungsweise sportlichen Betreuern, soweit daran sportrechtliche Folgen geknüpft sind,
 - d) verbandsinterne Schlichtung von finanziellen Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern bzw. von diesen beherrschten Kapitalgesellschaften und den in Österreich tätigen Spielervermittlern,
 - e) verbandsinterne Untersuchung und Bestrafung aller Vergehen im Sinne des Regulativs für die dem ÖFB angehörigen ordentlichen Mitglieder und Spieler gemäß den Satzungen und besonderen Bestimmungen des ÖFB und nach dem ÖFB-Reglement zur Arbeit mit Spielervermittler,
 - f) Entscheidung über strittige Spielieranmeldeverfahren und Reamateurisierungen.
- (8) Senat 3 (Stadien- und Sicherheitsausschuss, Disziplinarankläger)
- a) Überprüfung aller Ansuchen über Bundessportförderungsmittel sowie Förderungsmittel aus dem Sicherheitstopf für infrastrukturelle, sicherheitsrelevante und/oder präventionsrelevante (Sportanlagen-) Investitionen der ordentlichen Mitglieder und Empfehlung an den Vorstand,
 - b) Entscheidung über die Zulassung bzw. den Entzug der Zulassung der Sportanlagen für Bewerbe der BL sowie die verbandsinterne Untersuchung und Bestrafung aller Vergehen nach den dafür erlassenen einschlägigen Verbandsvorschriften auch von Amts wegen,
 - c) Entscheidung über das bundesweite Stadionverbot von Zusehern auf Antrag oder von Amts wegen,
 - d) Anzeigen beim Senat 1 gegen Spieler und Offizielle wegen grob unsportlichem Verhalten, das der Schiedsrichter nicht wahrgenommen und damit darüber keine positive oder negative Tatsachenentscheidung getroffen hat.
- (9) Senat 5 (Lizenzausschuss)
- a) Beurteilung der wirtschaftlichen und organisatorischen Leistungsfähigkeit der Lizenzbewerber der höchsten Spielklasse im Sinne der Bestimmungen des Lizenzierungshandbuchs und der Zulassungsbewerber der zweithöchsten

- Spielklasse im Sinne der Zulassungsbestimmungen für die zweithöchste Spielklasse,
- b) Erteilung, Verweigerung oder Entziehung der Lizenz bzw. der Zulassung,
 - c) Erteilung von Auflagen,
 - d) Untersuchung und Bestrafung aller Verstöße gegen die Bestimmungen des Lizenzierungshandbuchs bzw. den Zulassungsbestimmungen,
 - e) Genehmigung der Ausgliederung des Spielbetriebs eines ordentlichen Mitglieds gemäß § 5 Abs. 2,
 - f) Prüfung und Entscheidung über die Einhaltung der Wettbewerbsintegrität gemäß § 8 Abs 11 der Satzungen auf Antrag des Vorstandes bzw. auf Antrag des jeweils betroffenen ordentlichen Mitglieds nach Entscheidung wegen Verletzung der Wettbewerbsintegrität gemäß § 8 Abs. 11 der Satzungen bei Vorliegen entscheidungsrelevanter geänderter Tatsachen bzw. Rechtsverhältnisse.

(10) Protestkomitee

Gegen Entscheidungen der Senate steht dem Betroffenen das Recht des Protests an das Protestkomitee zu, welches verbandsintern endgültig entscheidet.

(11) Ethikkomitee

- a) Zur Einhaltung und Durchsetzung der Grundwerte und Ziele des Leitbilds der BL sowie der partnerschaftlichen Begegnung der Mitglieder untereinander und nach außen ist das Ethikkomitee eingesetzt.
- b) Tatbestände und Verfahren werden in der gesondert erlassenen Verfahrensordnung festgelegt. Das Ethikkomitee entscheidet verbandsintern unanfechtbar und endgültig.

§ 23 Rechtsmittelverfahren (Protestkomitee)

- (1) Gegen Entscheidungen der Senate steht den Betroffenen das Recht des Protests an das Protestkomitee zu, welches verbandsintern endgültig entscheidet.
- (2) Entscheidungen des Aufsichtsrats sind unter Ertrag der doppelten Protestgebühr mit Protest an die Hauptversammlung anfechtbar.
- (3) Der Protest ist innerhalb von drei Tagen nach mündlicher Verkündung in der Verhandlung, nach Zustellung des Beschlusses in Kurzform oder bei Beschlüssen des Senats 1 nach Benachrichtigung im Rahmen des internetunterstützten EDV-Spielbetriebssystem schriftlich bei der Geschäftsstelle anzumelden.
- (4) Die Protestausführungsfrist beträgt vierzehn Tage, gegen Entscheidungen des Senats 1 gemäß § 22 Abs 6 a) (Beglaubigungen), des Senats 3 betreffend die Nichtzulassung, der eingeschränkten Zulassung bzw. den Entzug der Zulassung einer Sportanlage für Bewerbe der BL gemäß § 22 Abs 8 b) und gegen Entscheidungen des Senats 5 gemäß § 22 Abs 9 a) bis d) beträgt die Frist zehn Tage. Die Protestausführungsfrist beginnt mit dem der Zustellung (auch per Telekopie) der Volltextausfertigung folgenden Tag.

- (5) Die gesonderte Protestanmeldung ist bei unmittelbarer Zustellung der Volltextausfertigung des Beschlusses ausgeschlossen.
- (6) Proteste sind bei der Geschäftsstelle unter Angabe von Gründen schriftlich auszuführen und unter zeitgleichem Erlag der jeweiligen Protestgebühr bei der Geschäftsstelle einzubringen.
- (7) Die Wirksamkeit des angefochtenen Beschlusses wird durch den Protest nicht aufgeschoben, ausgenommen solche über finanzielle Verpflichtungen.

§ 24 Sondervorschriften für einzelne Gremien

- (1) In Verfahren gemäß § 22 Abs 7 b) und d) hat der Senat 2 dann, wenn eine Schlichtung nach zwei Monaten ab Antragsstellung zu keinem Ergebnis führt, über Antrag einer der Parteien oder von Amts wegen eine vom Vorsitzenden gezeichnete Bestätigung darüber auszustellen, dass das Schlichtungsverfahren beendet ist und ab diesem Zeitpunkt die Anrufung der Arbeits- und Sozialgerichte zulässig ist.
- (2) Im Falle der Anrufung in Angelegenheiten des § 22 Abs 7 b), c), e) und f) bzw. § 22 Abs. 6 b), sofern ein Spieler beteiligt ist, sind der Senat 2 bzw. das Protestkomitee nur dann beschlussfähig, wenn ein von einer für Berufsfußballspieler zuständigen kollektivvertragsfähigen freiwilligen Interessensvertretung nominiertes Mitglied anwesend ist. In diesem Fall beschließen Senat 2 und Protestkomitee mit einem Vorsitzenden und 2 Mitgliedern.
- (3) Im Protestkomitee müssen der Vorsitzende und zwei Mitglieder akademisch graduierte Juristen sein (allgemeine Voraussetzung für Mitglieder, dies bezieht sich nicht auf die Beschlussfähigkeit). An der konkreten Beschlussfassung haben mindestens zwei Juristen teilzunehmen.
- (4) In Protestverfahren steht jedem Protestbeteiligten das Recht zu, Mitglieder des Protestkomitees unter Angabe des Grundes wegen Befangenheit abzulehnen. Befangenheit ist gegeben, wenn Gründe vorliegen, die geeignet sind, die volle Unvoreingenommenheit und Unparteilichkeit des Abgelehnten in Zweifel zu ziehen.

Der Ablehnungsantrag ist zugleich mit dem Protest bzw. nach Zustellung des Protestes an den Protestgegner mit der Gegenschrift, in Angelegenheiten des § 22 Abs 6 a) und Abs 9 a) bis d) jedoch binnen drei Tagen ab Zustellung der Volltextausfertigung des Beschlusses erster Instanz, zu stellen.

Werden Mitglieder des Protestkomitees oder das gesamte Protestkomitee abgelehnt, so hat das Ethikkomitee darüber zu entscheiden. Gegen Entscheidungen über Befangenheit ist kein Rechtsmittel zulässig. Die Entscheidung soll binnen einer Woche ergehen, in Fällen des § 22 Abs 9 a) bis d) hat die Entscheidung jedenfalls aber bis zum Ablauf der Protestfrist zu erfolgen.

§ 25 Das Ständige Neutrale Schiedsgericht

- (1) Streitigkeiten zwischen der BL und ihren Mitgliedern, Angehörigen und Funktionären, sowie Streitigkeiten der Mitglieder, Angehörigen und Funktionäre untereinander entscheidet nach Ausschöpfung des verbandsinternen Instanzenzuges der BL ein Schiedsgericht iSd §§ 577 ff ZPO, das Ständige Neutrale Schiedsgericht der BL, endgültig.
- (2) Die Schiedsklage ist bei sonstigem Verfall innerhalb von vier Wochen ab Zustellung der schriftlichen Ausfertigung der verbandsinternen endgültigen Entscheidung beim Ständigen Neutralen Schiedsgericht der BL einzubringen. Gegen Entscheidungen in Angelegenheiten des Lizenzierungs- bzw. Zulassungsverfahrens gemäß § 22 Abs 9 a-d), der Beglaubigung gemäß § 22 Abs 6 a) und bei Entscheidungen des Senates 3 betreffend die Nichtzulassung, der eingeschränkten Zulassung bzw. den Entzug der Zulassung einer Sportanlage für Bewerbe der BL gemäß § 22 Abs 8 b) beträgt die Klagsfrist eine Woche.
- (3) Ist der verbandsinterne Instanzenzug nicht innerhalb von sechs Monaten ab Einleitungsantrag entschieden, ist die Anrufung des Ständigen Neutralen Schiedsgerichts mittels Schiedsklage jedenfalls zulässig.
- (4) Die Zuständigkeit und der Verfahrensgang des Ständigen Neutralen Schiedsgerichts ist in einer eigenen Verfahrensordnung geregelt, die im Satzungsrang steht.

§ 26 Wiederaufnahme des Verfahrens

- (1) Dem Antrag einer Partei auf Wiederaufnahme eines abgeschlossenen Verfahrens ist stattzugeben, wenn ein Rechtsmittel gegen die Erledigung nicht oder nicht mehr zulässig ist und
 - a) die Erledigung durch Fälschung einer Urkunde, falsches Zeugnis oder eine andere gerichtliche strafbare Handlung herbeigeführt oder sonst wie erschlichen worden ist oder
 - b) neue Tatsachen oder Beweismittel hervorkommen, die im Verfahren ohne Verschulden der Partei nicht geltend gemacht werden konnten und allein oder in Verbindung mit dem sonstigen Ergebnis des Verfahrens voraussichtlich einen im Hauptinhalt des Spruches anders lautende Erledigung herbeigeführt hätten.
- (2) Der Antrag auf Wiederaufnahme ist binnen vier Wochen von dem Zeitpunkt an, in dem der Antragsteller nachweislich vom Wiederaufnahmegrund Kenntnis erlangt hat, jedoch spätestens binnen einem Jahr nach Zustellung oder mündlicher Verkündung des Beschlusses bei jener Instanz einzubringen, die zuletzt entschieden hat.
- (3) Unter den Voraussetzungen des Abs 1 kann die Wiederaufnahme des Verfahrens auch von Amts wegen verfügt werden.
- (4) Die Entscheidung über die Wiederaufnahme steht jener Instanz zu, die zuletzt entschieden hat.

- (5) Im Beglaubigungs- und Anmeldeverfahren ist eine Wiederaufnahme ausgeschlossen.
- (6) Die Ablehnung eines Wiederaufnahmeantrags ist mit Protest anfechtbar.

§ 27 Geschäftsstelle

- (1) Für die Besorgung der laufenden Geschäfte und zur Durchführung der Aufgaben der BL ist eine Geschäftsstelle einzurichten.
- (2) Die Geschäftsstelle steht unter der Leitung des Vorstands. Sie unterstützt die Tätigkeit des Vorstands und der Organe der BL, besorgt die laufenden Bürogeschäfte der BL und überwacht die Umsetzung und Einhaltung der Entscheidungen der Organe der BL.

§ 28 Allgemeine Bestimmungen

- (1) Soweit diese Satzungen nichts anderes bestimmen, gelten für den Fristenlauf die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG) bzw. der Zivilprozessordnung (ZPO) in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Zustellungen, mit Ausnahme der Beschlüsse des Senates 1, welche über das internetunterstützte EDV-Spielbetriebssystem erfolgen, haben auf dem Postweg oder per Telekopie zu erfolgen. Für Zustellungen an die ordentlichen Mitglieder sind die der Geschäftsstelle bekanntgegebenen Anschriften maßgebend. Verfahrensbeteiligte Einzelpersonen haben eine Zustelladresse bekanntzugeben. Ist der Zustelladressat im konkreten Verfahren rechtlich vertreten, so ist an den Rechtsvertreter zuzustellen.
- (3) Bei mehreren Regelungen mit selben Regelungszweck ist im Zweifel die Bestimmung dieser Satzung gegenüber anderen, die nicht im Satzungsrang stehen, maßgeblich.
- (4) Sämtliche männliche Bezugnahmen gelten in gleicher Weise für Frauen.

§ 29 Abschlussprüfer

- (1) Ein Abschlussprüfer wird von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats für die Dauer von vier Jahren bestellt. Wiederwahl ist möglich. Der Abschlussprüfer darf keinem Organ angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
- (2) Für die Qualifikation eines Abschlussprüfers gilt § 22 Abs 4 VerG 2002 sinngemäß.
- (3) Der Abschlussprüfer prüft die Finanzgebarung der BL. Der Vorstand hat dem Abschlussprüfer die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Der Abschlussprüfer hat dem Aufsichtsrat über das

Ergebnis der Prüfung zu berichten. Der Abschlussprüfer ist bei der Hauptversammlung, bei der die Mitglieder vom Vorstand gemäß § 19 Abs 1 h) über den Jahresabschluss informiert werden, einzubinden.

- (4) Rechtsgeschäfte zwischen Abschlussprüfer und den ordentlichen Mitgliedern bedürfen der Genehmigung durch die Hauptversammlung.

§ 30 Auflösung

- (1) Die Auflösung der BL kann nur auf einer hierzu einberufenen Hauptversammlung mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit erfolgen.
- (2) Bei Auflösung des Verbands oder bei Wegfall des bisherigen Verbandszwecks ist das nach Abzug der Passiva verbleibende Verbandsvermögen für gemeinnützige Zwecke iSd §§ 34 ff BAO zu verwenden. Das verbleibende Verbandsvermögen ist dabei dem Österreichischen Fußball-Bund als Treuhänder zu übertragen. Dieser hat das Vermögen als Sondervermögen ausschließlich für die zum Zeitpunkt der Auflösung ordentlichen Mitglieder der beiden höchsten Spielklassen gemeinnützig zu verwenden. Verliert der Österreichische Fußball-Bund aus irgendeinem Grund die Gemeinnützigkeit oder ist die Übertragung aus anderen Gründen nicht möglich, soll das Vermögen einer die Gemeinnützigkeitsbestimmungen iSd §§ 34 ff BAO erfüllenden Sportorganisation zufallen.